Inhaltsverzeichnis mit Gliederung

Vorworte			
Zum	Verfasser	V	
Litera	LiteraturverzeichnisXI		
Abkü	rzungsverzeichnisXVI	Ш	
Einfü	dstudium ihrung in die Grundlagen und die Bedeutung des Eingriffsrechts, Historie Organisation der Polizei	.1	
Erste	r Abschnitt		
Allge	neine Bedeutung des Eingriffsrechts	2	
I.	Der Mensch als Mittelpunkt staatlichen Handelns	2	
1.	Der Mensch als Person		
2.	Der Mensch als Gemeinschaftswesen		
II.	Die Polizei als Hüter von Recht und Gesetz		
III.	Grenzen polizeilicher Macht.		
111.	Grenzen ponzeniener Macint	′	
Zweit	er Abschnitt		
	squellen	8	
I.	Das Europarecht als Rechtsquelle		
II.	Das Verfassungsrecht als Rechtsquelle		
III.	Ungeschriebene Rechtsgrundsätze als Rechtsquelle		
IV.	Das Gesetz als Rechtsquelle		
1.	Das Gefahrenabwehrrecht.		
2.	Das Polizeirecht		
3.	Das Strafrecht und das Strafprozessrecht		
4.	Das Ordnungswidrigkeitenrecht		
ν. V.	Das Völkerrecht als Rechtsquelle		
V. VI.	Die Rechtsquellenhierarchie		
VI. VII.			
V 11.	Kollisionsregeln	22	
Dritte	er Abschnitt		
	rie der Polizei	25	
111000			
	er Abschnitt		
Organ	nisation der Polizei NRW	36	
1. Ka	mitel		
Doc I	Handeln der Polizei	12	
Das I	Tandem der Fonzei	+3	
Geset	z und Recht als Maßstab polizeilichen Handelns	43	
I.	Bindung an das Gesetz (Gesetzmäßigkeitsprinzip)	44	
1.	Vorrang des Gesetzes		
2.	Vorbehalt des Gesetzes		
3.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen		
II.	Bindung der Verwaltung an das Recht		
11.	Discussion to various and a room.	~~	



	Formen polizeilichen Handelns und Handlungsarten im Eingriffsrecht		
	n polizeilichen Handelns		
I.	Eingriffshandeln (der Grundrechtseingriff)		
1.	Eingriffshandeln durch gezielte Anordnungen		
2.			
	Faktische Rechtseingriffe		
II.	Schlicht-hoheitliches Handeln (Realakthandeln)		
III.	Ergebnis		
Zweite	r Abschnitt		
Handl	ungsarten im Eingriffsrecht / allgemeine Begriffsbestimmungen66		
I.	Handlungsarten im Rahmen der Gefahrenabwehr66		
1.	Der Verwaltungsakt (VA)67		
1.1	Verwaltungsaktbegriff		
1.2	Verwaltungsaktarten		
2.	Der faktische Rechtseingriff im Gefahrenabwehrrecht		
3.	Exkurs		
3.1	Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten		
3.2	Verfahrens- und Formvorschriften		
3.2 4.	Nichtigkeit bzw. Mangelhaftigkeit eines Verwaltungsaktes		
5.	Aufhebung eines Verwaltungsaktes		
II.	Handlungsarten im Strafverfahren		
1.	Der Justizverwaltungsakt		
2.	Faktische Rechtseingriffe zur Strafverfolgung (Prozesshandlungen)87		
III.	Handlungsarten im Rahmen der Ordnungswidrigkeitenverfolgung87		
1.	Verwaltungsakte der Verwaltungsbehörden		
2.	Faktische Verfolgungseingriffe (Realakte mit Eingriffscharakter)		
Präve	ntiv- und repressivpolizeiliches Handeln - Aufgaben der Polizei89		
Erster	Abschnitt		
Die Ge	efahrenabwehr / Begriffsbestimmungen		
I.	Die Aufgabe der Gefahrenabwehr		
II.	Die Gefahr/Gefahrenursachen 90		
1.	Gefahrenbegriff		
2.	Gefahrenursachen 93		
III.	Öffentliche Sicherheit		
1.	Sicherheitsgüter		
IV.	Öffentliche Ordnung		
V.	Öffentliches Interesse		
VI.	Gefahrengrade / Die Qualifikationen der Gefahren		
VII.	Schein- und Anscheinsgefahr, Gefahrenverdacht, Gefahr im Verzug 106		
VIII.	Das Vorfeld von Gefahr und Straftat		
Zweiter Abschnitt			
	rafverfahren/die Strafverfolgung/Begriffsbestimmungen		
I.	Die Strafe 111		
II.	Das Strafverfahren		
1.	Die Straftat		
2.	Das Ermittlungsverfahren 115		
2. 3.	Das Ermittungsverfahren 113 Der Verdacht. 119		
<i>3</i> . 4.			
	Verdachtsarten		
5.	Abschiuss des Ermitiungsverfahrens		

Dritter	Abschn	itt

Das B	ußgeldverfahren (Ordnungswidrigkeitenverfahren);	
die Or	dnungswidrigkeitenverfolgung/Begriffsbestimmungen	
I.	Die Geldbuße	124
II.	Das Ordnungswidrigkeitenverfahren	
1.	Der Begriff der Ordnungswidrigkeit	
2.	Das Ermittlungsverfahren	
III.	Zuständigkeit für die Owi-Verfolgung	126
1.	Zuständigkeit der Polizei als Verwaltungsbehörde (Verfolgungsbehörde)	127
2.	Allgemeine Zuständigkeit der Polizei zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	127
3.	Die Polizei als Ermittlungsorgan der Verwaltungsbehörde	128
4.	Die Staatsanwaltschaft als Verfolgungsbehörde	
IV.	Befugnisse der Polizei zur Owi-Verfolgung	
V.	Das Opportunitätsprinzip	129
VI.	Abschluss des Ermittlungsverfahrens	
VII.	Das Ahndungsverfahren	
1.	Die Geldbuße als Rechtsfolge	
2.	Das Verwarnungsverfahren	
VIII.	Der Zusammenhang zwischen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	
	• • •	
Die Re	echtmäßigkeit polizeilichen Handelns	135
	Abschnitt	
Forme	elle Voraussetzungen	136
I.	Sachliche Zuständigkeit	136
1.	Die gesetzlichen Aufgaben aus § 1 PolG	136
2.	Zuweisung der Aufgaben an die Polizeibehörden/Amtswalterprinzip/	
	instanzielle Zuständigkeit	138
3.	Die instanzielle Zuständigkeit	144
4.	Die Aufgabe der Gefahrenabwehr	
4.1	Allgemeine Gefahrenabwehr	
4.1.1	Originäre Zuständigkeit	
4.1.2	Subsidiäre Zuständigkeit	
4.1.3	Schutz privater Rechte	
4.2	Spezielle Aufgabenzuweisung zur Gefahrenabwehr	165
5.	Die Aufgabe der Strafverfolgung	
6.	Die Aufgabe der Ordnungswidrigkeitenverfolgung	
7.	Das Problem der Doppelfunktionalität	
8.	Amtshilfe (im weiteren Sinne)	
8.1	Amtshilfegrundsätze	
8.2	Amtshilfe (im engeren Sinne)	
8.3	Vollzugshilfe	
II.	Örtliche Zuständigkeit	
1.	Die Zuständigkeit im eigenen Polizeibezirk.	
2.	Die Zuständigkeit im eigenen Fonzeibezink	
3.	Zuständigkeit auf dem Gebiet der Kreispolizeibehörden anderer Länder	
4. 5.	Nacheile im gesamten Bundesgebiet	
III.	Verfahrens- und Formvorschriften	
1.	Verfahrens- und Formvorschriften im Rahmen der Gefahrenabwehr	
2.	Verfahrens- und Formvorschriften bei der Strafverfolgung	190
3.	Verfahrens- und Formvorschriften bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	
4.	Anordnungsbefugnisse	197

IV.	Folgen der Missachtung formeller Voraussetzungen	200
	iter Abschnitt	
Mate	erielle Voraussetzungen	
I.	Ermächtigungen (Befugnisse) zu Rechtseingriffen	209
1.	Ermächtigungsnormen (Befugnisnormen)	
1.1	Der Tatbestand	210
1.2	Die Rechtsfolge	
2.	Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe	
3.	Aufgabenorientierte Anwendung der Befugnisse/Ermächtigungen	214
3.1	Ermächtigungen/Befugnisse zur Gefahrenabwehr	
3.2		
	Ermächtigungen (Befugnisse) zur Strafverfolgung	
3.3	Ermächtigungen (Befugnisse) zur Ordnungswidrigkeitenverfolgung	
II.	Adressaten der Ermächtigung (Richtung der Maßnahme)	
1.	Der Adressat in der Gefahrenabwehr	
2.	Der Adressat im Strafverfahren	
3.	Der Adressat im Bußgeldverfahren	
III.	Allgemeine Rechtmäßigkeitserfordernisse	240
1.	Das pflichtgemäße Ermessen	
2.	Das Verhältnismäßigkeitsprinzip im weiteren Sinne (Übermaßverbot)	255
3.	Weitere grundgesetzliche Anforderungen	261
2. Ka	apitel	2/2
Plat2	verweisung und Aufenthaltsverbot	263
	er Abschnitt	
Platz	zverweisung und Aufenthaltsverbot	263
I.	Der Platzverweis zur Gefahrenabwehr	
I.1	Der kurzfristige (vorübergehende) Platzverweis zur Abwehr konkreter	
	Gefahren	266
1.	Ermächtigung	
2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	269
3.	Verfahrens- und Formvorschriften	
4.	Weitere Anwendungsbeispiele	
5.	Hinweis	
I.2	Aufenthaltsverbot,	
1.	Ermächtigung	
2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	
3.	Verfahrens- und Formvorschriften	
3. 4.	Hinweis.	
5 .	Anwendungsbeispiele	
<i>J</i> .	Anwendungsoeispiele	270
Zwei	iter Abschnitt	
Der 1	Platzverweis zur Strafverfolgung	279
1.	Ermächtigung	279
2.	Verfahrens- und Formvorschriften	281
3.	Hinweis	
	apitel	
	eralklauseln als Eingriffsermächtigung	283
I.	Die Generalklausel im Gefahrenabwehrrecht	
1.	Generalermächtigung	
2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	
3	Resondere Rechtmäßigkeitsanforderungen	292

	The same of the Colonian state of the Coloni	202
4.	Form- und Verfahrensvorschriften	
5.	HinweisGeneralklausel zur Strafverfolgung/zur Verfolgung von Owi	293
II.	Generalkhauset zur Strafverforgung/zur Verforgung von Owi	
1. 2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	206
2. 3.	Besondere Rechtmäßigkeitsanforderungen	290
3. 4.	Form- und Verfahrensvorschriften	297
4. 5.	Anwendungsbeispiele	
5. 6.	Auskunftsersuchen der Behörden	
0.	Auskumtsersuchen der Benorden	230
	apitel	
Iden	titätsfeststellung	299
	er Abschnitt	
Allg	emeine Vorschriften für die Datenerhebung	300
I.	Allgemeine Vorschriften für die Datenerhebung zur Gefahrenabwehr	
1.	Der Grundsatz der Datenerhebung bei der betreffenden Person	
2.	Grundsatz offener Datenerhebung.	
3.	Zweckbindung	302
4.	Aufklärungspflicht	303
II.	Verfahren bei Strafverfolgungs-/Owi-Verfolgungsmaßnahmen	304
	iter Abschnitt	
	Identitätsfeststellung	
I.	Identitätsfeststellung zur Gefahrenabwehr	
1.	Ermächtigung	307
2.	Zugelassene Rechtsfolgen	
3.	Form- und Verfahrensvorschriften	
4.	Hinweis	
II. 1.	Identitätsfeststellung zur Strafverfolgung - § 163b StPO	323
1. 2.	Ermächtigung zur Identifizierung des Verdächtigen	323
2. 3.		
s. III.	Festhalten zur Identitätsfeststellung	330
111.	ruchttatsteststehungen zur Verlotgung von Orunungswittigkeiten	
5. K	apitel	
Befr	agung/Vernehmung	334
I.	Die Befragung zur Gefahrenabwehr	
1.	Ermächtigung zur Befragung	
2.	Personalienfeststellung als Folge des Befragungsrechtes	
3.	Besondere Auskunftspflichten	
II.	Befragung im Rahmen der Straf- oder Owi-Verfolgung	
III.	Die Vernehmung im Rahmen der Strafverfolgung	
1.	Die Beschuldigtenvernehmung	
2.	Zeugen- und Sachverständigenvernehmung	354
3.	Ergänzende Hinweise zur Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen oder Sachverständigen	367
IV.	Die Vernehmung im Ordnungswidrigkeitenverfahren	368

	apitel	
Die C	Observation und die Datenerhebung zur Eigensicherung	370
Erste	r Abschnitt	
	Observation zur Gefahrenabwehr - § 16 a PolG	380
1.	Längerfristige Observation	
2.	Kurzfristige Observation - § 16 a IV PolG.	
3.	Ermächtigungsbegrenzende Bestimmung, insbesondere Art.13 GG	
4.	Datennutzung	390
	-	0 > 0
	ter Abschnitt	
II.	Observationen zur Strafverfolgung - § 163 f und § 163 I 2 StPO	
1.	Ermächtigung	
2.	Verfahrens- und Formvorschriften	
3.	Datennutzung und sonstige Pflichten	397
Dritt	er Abschnitt	
	rvation zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	397
Viert	er Abschnitt	200
	Oatenerhebung zur Eigensicherung - § 15 b PolG	398
1.	Ermächtigung	
2.	Adressat	
3.	Verfahrens- und Formvorschriften	400
Fünf	ter Abschnitt	
	nerhebung durch den Einsatz körpernah getragener Aufnahmegeräte	
	s c PolG.	401
I.	Vorgeschichte – kritische Sicht auf § 15 b PolG und Einführung einer Bodycam	
II.	Datenerhebung durch Einsatz körpernah getragener Aufnahmegeräte - § 15 c PolG	
1.	Ermächtigung	
7. K	apitel	
Freil	neitsentziehungen	429
Frete	er Abschnitt	
	Gewahrsamnahme	435
I.	Spezielle Ermächtigungen zur Gewahrsamnahme	
II.	Allgemeine Ermächtigung zur Gewahrsamnahme	
1.	Ermächtigung	
2.	Allgemeine und besondere Rechtmäßigkeitsanforderungen	450 450
3.	Verfahrens- und Formvorschriften	
3. 4.	Hinweis.	
5.	Exkurs	
٥.	LAKUS	455
	ter Abschnitt	
Die F	estnahme	461
I.	Festnahmerecht für Jedermann	461
1.	Ermächtigung	
2.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	
3.	Verfahrens- und Formvorschriften	
II.	Das Festnahmerecht für Staatsanwaltschaft und Polizeibeamte	466
1.	Ermächtigung	466
2.	Rechtsfolge	
3.	Verfahrens- und Formvorschriften	492
	Das Festnahmerecht nach § 127 b StPO	4 72

IV.	Das Festnahmerecht nach § 19 IRG (Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen)	. 497
	ter Abschnitt Verhaftung	500
Die	vei nattung	. 300
8. K	apitel	
	erheitsleistungen	. 502
I.	Die Sicherheitsleistung nach § 132 StPO	. 503
1.	Ermächtigung	. 503
2.	Verfahrens- und Formvorschriften	
II.	Die Sicherheitsleistung nach § 127 a StPO	
1.	Ermächtigung	
2.	Verfahrens- und Formvorschriften	
III:	Die Sicherheitsleistung bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	. 512
	apitel	
Amt	tliche Verwahrung – Sicherstellung /Beschlagnahme	. 514
	er Abschnitt	
	Sicherstellung zur Gefahrenabwehr	. 517
1.	Ermächtigung	. 517
2. 3.	Allgemeine Rechtmäßigkeitsanforderungen	. 527
	Verfahrens- und Formvorschriften bei der Sicherstellung	
4. 5.	Die Verwahrung sichergestellter Sachen	
5. 6 .	Herausgabe, Kosten	
	•	. 555
	iter Abschnitt erstellung/Beschlagnahme von Beweismitteln	525
I.	Die Sicherstellung/Beschlagnahme von Beweismitteln zur Strafverfolgung	
1.	Ermächtigung	
2.	Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen	
3.	Übermaßverbot	
4.	Verfahrens- und Formvorschriften	
5.	Herausgabe sichergestellter Sachen, Kosten	
6.	Beschlagnahmebeispiele	558
II.	Sicherstellung und Beschlagnahme vom Beweismitteln zur Verfolgung	
	von Ordnungswidrigkeiten	. 560
10. 1	Kapitel	
Dur	chsuchungen	. 561
	ter Abschnitt	
	chsuchung zur Gefahrenabwehr	
I.	Durchsuchung von Personen	
1.	Ermächtigung	
2.	Form- und Verfahrensvorschriften	
II.	Durchsuchung von Sachen	
1.	Ermächtigung	
2.	Form- und Verfahrensvorschriften	
III.	Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	
1. 2.	Ermächtigung	
4.	Anordiungsociugins, verialitensvorsellinten und rottitvorsellinten	001

Zwei	ter Abschnitt	
Durc	hsuchung zur Strafverfolgung/Owi-Verfolgung	604
I.	Durchsuchung beim Verdächtigen	
1.	Ermächtigung	
2.	Voraussetzungen und Durchsuchungszwecke nach § 102 StPO im Überblick	
II.	Durchsuchung bei anderen Personen	
1.	Ermächtigung	
III.	Gebäudedurchsuchung - § 103 I 2 StPO	618
1.	Ermächtigung	
IV.	Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen, Verfahrens- und Formvorschriften	621
1.	Nächtliche Hausdurchsuchungen, § 104 StPO	
2.	Anordnungs- und Durchführungsbefugnis, § 105 I und III StPO	
3.	Durchsicht von Papieren	
4.	Hinzuziehung von Zeugen, Anwesenheitsrecht usw.	
5.	Zufallsfunde	631
V.	Durchsuchung im Rahmen der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	633
Anhs	ang	635
I.	Der Gutachtenstil	635
II.	Schemata zur Lösung von Klausuren im Fach Eingriffsrecht	638
III:	Aufbauschema für Kombinationsklausuren Staatsrecht/Eingriffsrecht	644
III.	Musterlösungen	
IV.	Lösungsskizzen zur Zwangsanwendung	
Stich	wortverzeichnis	734